

an die Reichstagswähler des Kreises Krefeld.

Wähler!

Bekanntlich wurde der Reichstag am 13. Dezember infolge der Nichtbewilligung einer Nachtragsforderung der Regierung von 29 Millionen für Südwestafrika aufgelöst. Die Auflösung kam aller Welt überraschend, und der Grund an sich ist auch ein so geringfügiger, daß man unwillkürlich zu der Annahme kommen muß, daß der eigentliche Auflösungsgrund ein anderer, viel tiefer liegender ist. Und in der Tat handelt es sich nicht allein um die paar Millionen, die der Reichstag nicht bewilligte, sondern es handelt sich in Wirklichkeit darum, ob in unserer konstitutionellen Monarchie das persönliche Regiment, dessen Druck nachgerade von allen Parteien als unerträglich empfunden wird, noch weiterhin unser ganzes öffentliches Leben beherrschen soll, ob der Reichstag in Zukunft nur eine Geldbewilligungsmaschine darstellen soll, die jeder Willkür und Laune von oben sich zu fügen hat, oder aber, ob der in den Entschlüssen des Reichstags zum Ausdruck kommende Wille des Volkes auch an hoher und höchster Stelle Geltung haben soll.

Wähler! Die Lage ist eine sehr ernste! Das Deutsche Reich besteht jetzt 35 Jahre, und was ist in dieser Zeit erreicht worden? **Nach aussen** hin stehen wir im Konzert der Völker völlig isoliert da, niemand traut uns mehr und unsere Diplomatie holt sich eine Blamage nach der andern. **Und wie sieht's im Innern aus?** Bei Gründung des Deutschen Reiches war infolge des Milliardensegens von Frankreich Geld in Hülle und Fülle, und jetzt nach verhältnismäßig kurzer Zeit hat man es verstanden, uns eine Schuldenlast aufzubürden, die ebenfalls in die fünfte Milliarde geht.

Das ganze werktätige Volk seufzt unter einer unerträglichen Steuerlast, die es ihm unmöglich macht, ein nur einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu fristen. Seit einigen Jahren schon herrscht eine äußerst flotte geschäftliche Konjunktur, in allen Branchen entfaltet sich eine fieberhafte Tätigkeit, überall liegen massenhafte Aufträge vor, fast allenthalben herrscht sogar Arbeitermangel; aber hat das arbeitende Volk auch wirklichen Nutzen von dieser günstigen Geschäftslage? Diese Frage muß entschieden verneint werden. Wohl sind hier und da die Löhne etwas in die Höhe gegangen, aber doppelt und dreifach wird dieser geringe Aufschwung der Löhne wieder wett gemacht durch eine rigorose Steuer- und Zollpolitik, die dem Volk jeden Bissen ins ungemessene verteuert, so daß trotz der Lohnerhöhungen weite Kreise des Volkes in den drückendsten Verhältnissen dahingerageten!

Wähler! Arbeiter! Ungezählte Millionen, die Ihr durch Euren Schweiß und Euer Blut erarbeitet, fließen in die Taschen der Industriemagnaten, weit über 1000 Millionen jährlich fließen infolge der Zollpolitik in die Taschen der Agrarier. Was aber bleibt Euch? Ständige Unterernährung von Millionen Menschen mit all ihren Folgen, wie: Abnehmen der Körperkräfte und der Leistungsfähigkeit, häufige Krankheiten und frühzeitiger Tod, das ist Euer Lohn! Wohl paukt man mit der sogenannten Sozialpolitik, mit den Millionen, die durch die Arbeiterschutzgesetze den kranken, invaliden und alten Arbeitern zugesprochen sind. Aber was bedeuten diese, auf den Einzelnen berechnet, lächerlich geringe Summen, im Verhältnis zu den Milliarden, die für Heer und Marine, für die Kolonialschwärmerei jährlich aus den Taschen des Volkes herausgeholt werden! In einem einzigen Jahre verschlingen unsere Kolonien mehr Millionen, wie die Arbeiterschutzgesetze in den 20 Jahren ihres Bestehens dem Deutschen Reich gekostet haben. Infolge der ungeheuren Summen, die Militarismus und Marinismus und die damit aufs engste verknüpfte Weltpolitik erfordern, bleibt eben kein Geld übrig auch für die bescheidensten Wünsche der Arbeiter.

Die Sozialpolitik ist in den Sessionen des Reichstags von 1903—1906 gar jämmerlich gefahren. Die einzige „große Tat“, zu der die Regierungen sich aufgerafft haben, war der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und dieser Gesetzentwurf bietet unsern Arbeitern Steine statt Brot. Er ist der Ausfluß der denkbar reaktionärsten Arbeiterpolitik. Dafür zu sorgen, daß dieser oder ein ihm ähnlicher Entwurf in den nächsten Tagungen des Reichstags nicht Gesetz wird, ist eine der vornehmsten Aufgaben, die die deutsche Arbeiterklasse bei dieser Wahl durch ihre Stimmabgabe zu erfüllen hat.

Ein gesetzlicher Normalarbeitstag, der Heimarbeiterschutz, die Sicherung des Koalitionsrechtes, ein freies, eines Kulturstaates würdiges Vereins- und Versammlungsrecht, das endlich auch die Landarbeiter und die Frauen als gleich berechtigt anerkennt, die Erweiterung des Wahlrechts auf die Frauen, die Erweiterung, Vereinfachung und höhere Leistungsfähigkeit der Versicherungsgesetzgebung und vieles andere sind Forderungen, für deren Verwirklichung die Vertreter der Sozialdemokratie im künftigen Reichstage zu kämpfen haben werden.

Die persönliche Freiheit und die politischen Rechte der Staatsbürger, das freie Wort und die freie Ueberzeugung sind in Deutschland durchaus ungenügend geschützt. Ausschreitungen von Polizeiorganen und ihre nicht ausreichende Sühne erregen immer neue Entrüstung. Immer häufiger werden Aussprüche der Justiz, die das Volk als Klassenurteile empfindet, weil es in ihnen die Gedanken und Vorurteile der Bürokratie und der herrschenden Klassen, die Oberhand über das volkstümliche Rechtsgefühl gewinnen sieht.

Fragen wir aber, wie es kommen konnte, daß die oben geschilderten Verhältnisse einreißten konnten, **wer die Schuld daran trägt**, daß überall die **schreiendste Ungerechtigkeit triumphiert**. Nun die Antwort ist für jeden denkenden Menschen leicht. **Schuld daran tragen alle bürgerlichen Parteien**, von den Hochkonservativen herab bis zu den äußersten Linksliberalen. Nur **wir Sozialdemokraten** haben die Politik, die zu solchen Resultaten führen mußte, von Anfang an **bekämpft**. Wir haben verlangt, daß statt der unausgesetzten Rüstungen, die nur das gegenseitige Mißtrauen der verschiedenen Staaten in Atem halten und sie zu immer größerem Wettstreit in diesen Rüstungen anstacheln, die nicht anders als mit einer welterschütternden Katastrophe enden können, die Regierenden, die Kulturvölker zu gemeinsamer Beratung einladen, diesem verhängnisvollen Zustande ein Ziel zu setzen. **Wir haben unausgesetzt verlangt** und verlangen immer wieder, daß die **Kulturvölker** statt in der Errichtung großer Armeen und Flotten und in der Erfindung und Herstellung der vollendetsten Menschenvernichtungsmaschinen, in den **Werken des Friedens** und der **Zivilisation wetteifern**. Die Erde ist groß und reich genug, um allen Glück und Wohlsein zu ermöglichen und sie zu einer Stätte friedlichen Wettbewerbs in den Werken der Kultur und der Zivilisation zu gestalten.

Von der **Zusammensetzung des nächsten Reichstags** wird es nun **abhängen**, ob mit dieser **volkschädigenden Politik** gebrochen werden, oder ob sie ins Unermeßliche weiter geführt werden soll. Denn das ist sicher, die **ungeheure Schuldenlast** des Reiches, die unter der Regierung des jetzigen Kaisers allein um weit über **3000 Millionen gestiegen** ist, sie wird **weiter steigen**, trotz der Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel durch den **berühmten Zolltarif von 1902**, trotz der vom letzten Reichstag **bewilligten neuen Steuern**, der **Biersteuer**, der **Zigarettensteuer**, der **Eisenbahnfahrkartensteuer** usw.

Die **Finanzlage** des deutschen Reiches ist eben in Folge der **Misswirtschaft** der herrschenden Parteien und der Regierung eine so **traurige**, daß auch der **neue Reichstag** sich wieder auf die **Suche nach neuen Steuern** begeben muß, wenn er eben nicht so **zusammengesetzt** ist, daß überhaupt mit der

ganzen bisher betriebenen Politik gründlich gebrochen wird.

Wir haben die feste Ueberzeugung, daß dieser finanziellen Mißwirtschaft nur gesteuert werden kann, wenn **diejenigen Klassen**, die als die Hauptträger des herrschenden Systems angesehen werden müssen, künftig nach **Massgabe ihres Vermögens** und ihres **Einkommens** zu den **Reichslasten herangezogen** werden. Bisher wurde die bequeme Methode verfolgt, die **Lasten** des Reiches vorwiegend auf dem Wege der indirekten Besteuerung und der Zölle auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse der großen Masse aufzubringen. Diese hat bisher den Hauptteil der Reichslasten getragen.

Unsere Vertreter im neuen Reichstag werden nach wie vor verlangen, daß die **Lasten** denen auferlegt werden, die sie am **leichtesten** tragen können und deren **angeblicher Patriotismus** sie veranlaßt, immer neue Mehrausgaben für Rüstungen und unproduktive Zwecke zu bewilligen, auf den **eigenen Beutel aber den Daumen** zu halten.

Wir fordern die Einführung einer **progressiven Reichs-Einkommensteuer** von allen, die über 5000 Mark Jahreseinkommen haben, und einer **progressiven Vermögenssteuer** von allen, die mehr als 50000 Mark Vermögen besitzen. Des weiteren fordern wir den Ausbau der **Reichs-Erbchaftsteuer**, die statt 36 Millionen Mark im Etat für 1907 mit Wichtigkeit mehr als das **Sechsfache** ergeben kann.

Werden diejenigen, die bisher die **Hauptträger** der Reichspolitik gewesen sind, ihren großen patriotischen Worten entsprechend, auch zu den **Opfern herangezogen**, wir sind überzeugt, sie werden **andere Saiten** aufziehen.

Wähler! An Euch ist es, durch Abgabe Eurer Stimmen am 25. Januar 1907 dafür zu sorgen, daß die Träger der bisherigen Politik aus dem Reichstage verschwinden.

Euer **eigenstes Interesse** erfordert es deshalb auch, daß Ihr Euch die **Kandidaten** und **Parteien**, die sich um Eure Stimmen bewerben, **genau ansieht** und sie genau auf Herz und Nieren prüft, ob sie auch **ehrlich gewillt** sind, **Eure Interessen** in der richtigen Weise zu vertreten und nicht wie das bisher von den **bürgerlichen Parteien** immer geschehen ist, die Interessen der **Arbeiter** und **Besitzlosen** zu Gunsten der herrschenden Klassen zu **verraten** und zu **verkaufen**.

Hier in **Crefeld** kommen bekanntlich **3 Parteien** in Frage. Die **Nationalliberalen**, das **Zentrum** und die **Sozialdemokraten**. Mit den ersteren brauchen wir uns wohl hier nicht lange zu beschäftigen. In Folge der **Jämmerlichkeit** und **Waschlappigkeit** des Liberalismus überhaupt hat er das **Vertrauen** der **werkthätigen Bevölkerung** vollständig **verloren**. Er hat seine liberalen Grundzüge unter **Verleugnung seiner Vergangenheit** vollständig **preisgegeben**, strupellos geht er mit der Regierung durch Dick und Dünn, scheut nicht vor dem **gemeinsten Volksverrat** zurück, wenn dadurch nur die Interessen der **Besitzenden** gewahrt werden. Und er treibt diesen Volksverrat so **offenkundig, schamlos**, daß der **Kandidat einer solchen Partei** für jeden, auch nur oberflächlich denkenden **Arbeiter** gar nicht in Frage kommen kann.

Ein viel gefährlicherer Gegner ist dagegen das **Zentrum**. Wohl steht auch das Zentrum hinter den Nationalliberalen nicht zurück, wenn es gilt, die Regierung in ihrer **Knebelungs- und Ausbeutungspolitik** gegenüber dem **arbeitenden Volke** zu unterstützen, aber es hat es in **raffiniert**er Weise verstanden, sich zeitweilig auch einmal ein **arbeiterfreundliches Mäntelchen** umzuhängen und sich so zu stellen, als ob es ein wahrer und aufrichtiger **Freund des Arbeiters** sei, nur darauf bedacht, dessen Interesse in jeder Weise zu wahren und zu fördern. So haben wir noch bei jeder Wahl gesehen, wie das **Zentrum** überfließt von **Arbeiterfreundlichkeit**, wie es den Arbeitern **alles Mögliche** verspricht und noch mehr, **nur um die Stimme der Arbeiter** zu erhalten. Hinterher allerdings, wenn das **Volk** dumm genug gewesen ist, diesen **heuchlerischen Versprechungen** zu glauben und den **Lockungen** zu folgen, wenn die **Zentrumsabgeordneten** im Reichstag sitzen, **dann ist alles das vergessen**, dann werden die **Interessen des Volkes**, die zu vertreten man vorher hoch und heilig versprochen hat, einfach mit **Füssen** getreten.

Das **Zentrum** ist eine **urreaktionäre Partei** und kann auch seiner ganzen Zusammensetzung nach nichts anderes sein. Unter den **hundert Abgeordneten** der **Zentrums-**

fraktion im Reichstage befindet sich **sage und schreibe ein Arbeiter**. Die übrigen 99 Abgeordneten setzen sich zusammen aus Großgrundbesitzern, Landräten, Advokaten, Geistlichen, Rentnern usw. **Diese Leute**, die gar **keine Fühlung** mit den **Arbeitern** haben, die **kein Verständnis** für die **Leiden** und **Beschwerden** des **Volkes** haben, von denen können wir nimmermehr eine **gerechte Vertretung** der Interessen des **Volkes** erwarten. Und die **Tatsachen** geben dem **Recht**. Was hat eigentlich das **Zentrum** für die **Arbeiter** getan? Schon im Jahre **1881**, als man aus Furcht vor der Sozialdemokratie mit der **Arbeiterschuttpolitik** begann und von der Regierung dem Reichstage ein **Gesetzentwurf** über die **Unfallversicherung** zugeht, da war es das **Zentrum**, welches **dieses Gesetz** zu **Fall** brachte.

Vom **Zentrum** wird den **Sozialdemokraten** stets der **Vorwurf** gemacht, daß sie **gegen das Alters- und Invalidengesetz gestimmt** hätten. Man **verschweigt** aber, daß von den **Zentrumsabgeordneten** nur **13** dafür, **alle anderen dagegen gestimmt** haben. Die **Sozialdemokraten** stimmten aus **edlen Motiven** dagegen, weil ihnen das **Gesetz** nicht **weit genug** ging, während die **Zentrumsabgeordneten** dagegen stimmten, weil es ihnen zu **weit** ging, **weil sie es nicht für nötig** hielten, den **Arbeitern** die **Wohltaten** dieses Gesetzes zu **Teil** werden zu lassen.

Im Jahre **1896/97**, als der erste Revisionsentwurf des **Alters- und Invaliden-Gesetzes** dem Reichstage vorgelegt wurde, da war es das **Zentrum**, welches die **Versicherungspflicht** auf die **Grossindustrie beschränken** und den **Reichszuschuss beseitigen** wollte.

Im Jahre **1900/01** stimmte das **Zentrum** gegen die **allgemeine Einführung der Gewerbegerichte**. Der **Gewerkverein christlicher Bergarbeiter** petitionirte 1900 für **Erhöhung der Unfallrente** und **Verbesserung** des Unfall-Versicherungs-Gesetzes. Das **Zentrum stimmte dagegen**. Die **Eupener christl. Textilarbeiter** petitionirten um die **Einführung** des **Zehnstudentages** und noch einiger anderen **sozialen Verbesserungen**, das **Zentrum** war **dagegen**. Während auf der **einen** Seite das **Zentrum** stets für **alle** noch so **unsinnigen Forderungen** der **Regierung** stimmte, mehr Soldaten, Kanonen und Kriegsschiffe **sprupellos bewilligte**, hat es den **bescheidensten** Wünschen und Forderungen der **Arbeiter** stets den **heftigsten Widerstand entgegengesetzt**. Auch den **christlichen Arbeitern** geht über dieses Treiben des **Zentrums** nachgerade die **Augen** auf. Nachstehend lassen wir eine Stelle folgen aus einem **Flugblatt**, welches **christliche Arbeiter** gegen das **Zentrum** vor einem Vierteljahr in **M. Gladbach** verbreitet haben. Dort heißt es u. A.:

„Wer hat die **Kanonen** bewilligt?

Vornehmlich unser **Zentrum**.

Wer hat überhaupt alle **Militärvorlagen** bewilligt?

Vornehmlich unser **Zentrum**.

Wer hat die großen **Marinevorlagen** bewilligt, zu deren Deckung die **indirekten Steuern** erhöht wurden?

Vornehmlich unser **Zentrum**.

Wer hat im Jahre 1902 in der **hl. Weihnacht**, in einer 18stündigen Reichstagsitzung, unter **Zertrümmerung** der **Geschäftsordnung** und **Entheiligung** des **hl. Weihnachtsfestes** dem **arbeitenden Volke** in so unerhörter Weise die **Lebensmittel** verteuert?

Vornehmlich unser **Zentrum**.

Wer beantragte die **Befreiung** der **fürstlichen Personen** von der **Erbchaftsteuer**?

Nur unser **Zentrum**.

Das nennt unsere **Zentrumsparthei**: „Schutz den wirtschaftlich Schwachen, und ausgleichende Gerechtigkeit“.

Im bayrischen Landtag wurde beantragt, das **Bereins- und Versammlungsrecht** zu verbessern. Die gesamte bayrische **Zentrumsfraktion** mit Ausnahme von vier **Arbeitervertretern** stimmten gegen den Antrag. Durch diese **ablehnende Haltung** der **Zentrumsparthei** wurde ein **sozialpolitisches Gesetz** von weittragender Bedeutung zu **nichte** gemacht.

So unser **arbeiterfreundliches Zentrum**.

Wie tritt unsere **Zentrumsparthei** für die **politische Gleichberechtigung der Arbeiter** ein?

Vor jeder **Landtagswahl** heißt es jedesmal in dem **Wahlaufruf**, das **Zentrum** wird dafür eintreten, daß das **Elendeste** aller **Wahlssysteme**, das **preussische Dreiklassen-Wahlrecht**, **abgeschafft** wird.

Wie ist unsere Zentrumsparlei diesem Versprechen nachgekommen?

Im vorigen Jahre wurde im Reichstage eine **Interpellation** eingebracht, das **allgemeine gleiche Wahlrecht** auf die einzelnen Staaten auszudehnen.

Hiergegen nahm unsere Zentrumsparlei eine sonderbare Stellung ein, indem sie durch **Graf Hompesch** folgende **Erklärung** abgeben ließ:

„Das Zentrum steht nach wie vor auf dem Standpunkte des **allgemeinen gleichen Wahlrechts** für den Landtag, erwartet aber, daß die Regierung selbst die **Initiative** ergreife.“

Daß die Regierung eine Aenderung des Dreiklassen-Wahl-systems nicht will, war der Zentrumsparlei bewußt, mithin war die Erklärung des **Grafen Hompesch** ein ablehnender Standpunkt.

Nichts kann klarer, nichts kann logischer sein, unsere Zentrumsparlei hat sich von einer **Volkspartei** zu einer **agrarisches reaktionären Regierungspartei** durchgemauert.“

Sehen wir, so sieht das **arbeiter- und volksfreundliche Zentrum** aus, und so urteilen christliche Arbeiter über das christliche Zentrum.

Das Zentrum wirft den **Sozialdemokraten** fälschlicherweise auch vor, daß sie die Religion abschaffen wollten. Wie verträgt sich aber ein solch volks- und arbeiterfeindliches Gebahren des Zentrums mit dem christlichen Gebote der Liebe für alle Menschen. Wir **Sozialdemokraten** wollen, daß dieses Gebot erfüllt wird, das Zentrum dagegen tritt es mit Füßen.

Wie ganz anders stehen dagegen die eigentlichen und wirklichen Vertreter des arbeitenden Volkes, die **Sozialdemokraten** da! Keine andere Partei ist so entschieden für die Rechte der Arbeiter in der ganzen Arbeiterschutzgesetzgebung eingetreten wie die **sozialdemokratische Partei**. Keine Partei ist der Regierung stets so mannhaft entgegengetreten, wenn es galt, die **Raubzüge** auf die **Taschen des Volkes** in Gestalt von Millionenforderungen für Heer, Marine und Kolonialpolitik abzuwehren.

Dem **Eingreifen der Sozialdemokraten** allein ist es zu danken, daß die **Soldatenmisshandlungen**, dieser Schandfleck des deutschen Militarismus, in den letzten Jahren bedeutend nachgelassen haben. Die Sozialdemokraten waren es, die seit Jahren schon rückhaltlos alle Greuelthaten, die in Afrika angeblich im Interesse der Kultur verübt wurden, an den Pranger stellte. Auch das Zentrum hat jahrelang um diese Bestialitäten gewusst, es hat aber nicht nur geschwiegen, sondern immer und wieder die Mittel bewilligt, und so die Regierung in den Stand gesetzt, diese

Schandwirtschaft weiter führen zu können. Und wenn es im letzten Reichstag den Schleier ein wenig löstete, der über all diesen Greueln gebreitet war, so geschah das nicht aus Gerechtigkeits- und Menschlichkeitsgefühl, sondern nur aus demagogischen Gründen, um das Volk und die Öffentlichkeit über seinen wahren Charakter zu täuschen und Sand in die Augen zu streuen.

Arbeiter! Wähler!

Bei der demnächstigen Reichstagswahl habt Ihr eine **folgenreichere Entscheidung** zu treffen. An Euch liegt es, daß mit der **Politik** endgültig gebrochen wird, die nach außen als sogenannte **Weltpolitik** oder besser gesagt, als **Cäsaristische Größenwahnschmerz** nur geeignet ist, uns mit anderen Nationen in **Kollision** zu bringen, wodurch Konflikte von den **unabsehbarsten Folgen** entstehen können, die nach innen aber sich nur als **Volksausbeutungs-, Volksknebelungs- und Volksverdummungs-Politik** zu betätigen gewillt ist.

Die **Entscheidung** kann Euch nicht schwer fallen. Wenn Ihr wollt, daß fortan einer **Politik** die Wege geebnet werden, die nicht mehr auf die Degeneration der großen Massen hinarbeitet, sondern auf die **Hebung der untersten Schichten der Bevölkerung** bedacht ist, einer **Politik**, die auch nach aussen hin nicht in **abenteuerlichen Weltmächtsplänen** sich betätigt, sondern mit **allen anderen Kultur-Nationen** in einem **friedlichen Wettbewerb** auf den Gebieten der Kunst, Wissenschaft usw. zu treten sich bestrebt.

Wer diese **letzteren Bestrebungen unterstützen** und **zum Siege verhelfen** will, der kann bei der Reichstagswahl **seine Stimme** nur dem

Kandidaten der Sozialdemokraten

Wilh. Reimes

Gewerkschaftssekretär aus Crefeld

geben, für den kann nur die Lösung sein:

Nieder mit dem Zentrum!

Hoch die Sozialdemokratie!

Das sozialdemokratische Wahl-Komitee.

Umstehende Versammlungs-Anzeige
wolle man gefl. beachten.

Achtung!

Achtung!

Am Sonntag, den 30. Dezember 1906

finden im **Wahlkreise Crefeld**

➔ **7** grosse öffentliche ➔
Wähler-Versammlungen

statt, und zwar:

A. Im Stadtkreis

vormittags 11 Uhr:

für den **Nordwestbezirk** im Lokale des Herrn **Mehls**, Geldernschesstr.

für den **Nordostbezirk** im Lokale des Herrn **W. Küppers**, Hülsenstr.
(früher **Erlenwein**.)

für den **Westbezirk** im Lokale der Wwe. **Baumeister**, Marktstr.

für den **Südbezirk** im Lokale des Herrn **Gerh. Kersten**, Fischelnerstr.

für den **Ostbezirk** im Lokale des Herrn **Gerh. Hüsch**, früher **Krauss**.

B. Im Landkreis:

nachmittags 6 $\frac{1}{2}$ Uhr:

in **Bockum** im Lokale des Herrn **J. Moersch**, Linnerstr. z. Glockenspitz.

in **Fischeln** im Lokale der **Wwe. Ollertz**, Oberbruchstrasse.

In allen Versammlungen lautet die Tagesordnung:

Die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Achtung!

Achtung!

Am Sonntag, den 30. Dezember 1906

finden im **Wahlkreise Crefeld**

7 große öffentliche
Wähler-Versammlungen

A. In Kreis

für den **Nordwestbezirk**
für den **Nordostbezirk**
für den **Westbezirk** im
für den **Südbezirk** im Lokale
für den **Ostbezirk** im Lokale

rn **Mehls**, Geldernsche Str.
W. Küppers, Hülsener Str.
(früher **Erlenwein**.)
umeister, Marktstr.
. Kersten, Fischelner Str.
Hüsch, früher **Krauss**.

B. In Kreis:

in **Bockum** im Lokale des
in **Fischeln** im Lokale des

h, Linnerstr. z. Glockenspitz.
, Oberbruchstrasse.

In allen Versammlungen lautet die Tagesordnung:

Die bevorstehenden Reichstagswahlen.